

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

"Aus den Tannen" Fernsprecher
No 11

Landesblatt für den Bezirk Nagold und für Ultensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Preis: Bei den Postämtern 140 Mark monatlich. Einzelhefte 10 Mark. Fernsprecher No 11. Bei Abbestellungen Rabatt. Bei Zusendung 10 Mark. Bei Abbestellungen 10 Mark. Bei Zusendung 10 Mark.

№. 272.

Ultensteig, Dienstag den 21. November.

Jahrgang 1923

Ein neuer Versuch Cunos.

Berlin, 20. Nov. Der Reichspräsident hat Generaldirektor Dr. Cuno erneut mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragt. Dr. Cuno hat den Auftrag angenommen. Er beabsichtigt, ein Geschäftsministerium zu bilden und hofft, morgen diese Aufgabe zu Ende zu führen.

Berlin, 20. Nov. Die Verhandlungen, die der Reichspräsident unter der Befanntgabe des Schreibens Cunos mit den Führern der Fraktionen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten, der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei begann, haben bis in die späten Abendstunden hinein gedauert. Ein abschließendes Ergebnis ist nicht erzielt worden, doch hat sich aus der Besprechung die Möglichkeit ergeben, daß die aufgetretenen Schwierigkeiten in der Weise überwunden werden können, daß die vorgenannten Parteien auf der Grundlage des von ihnen zusammenhängend mit der deutschen Note an die Reparationskommission vom 13. November vereinbarten Programmes Cuno freie Hand in der Auswahl seiner Mitarbeiter lassen und daß die dann so gebildete Regierung beim Reichstage um eine Vertrauenszustimmung nachsucht. Auf dieser Basis würde Cuno seine Bemühungen um die Kabinettsbildung mit Aussicht auf Erfolg fortsetzen können.

Die Ablehnung der Sozialdemokraten.

Berlin, 20. Nov. Die vom Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei in Berlin anwesend 11 Mitglieder befaßten sich am Sonntag vormittag mit der Lage. Sie waren übereinstimmend der Auffassung, daß das Verhalten der Fraktion Cuno gegenüber nicht geändert werden kann, und sie lehnten es ab für ein nach freiem Ermessen durch Cuno zu bildendes Ministerium Minister zu stellen. Die Reichstagsfraktion bestätigte am Montag diesen Bescheid.

Das Kabinett Cuno ohne Sozialdemokraten.

Berlin, 20. Nov. Generaldirektor Cuno arbeitet bereits an der Bildung eines politischen Kabinetts, das lediglich aus Mitgliedern des Zentrums, der Volkspartei und der Demokraten bestehen soll und mit dem er sich am Donnerstag im Reichstage unter Vorlegung seines Programms vorstellen will, um durch die Abstimmung zu ermitteln, ob er die Regierung tatsächlich antreten kann. Man darf erwarten, daß Cuno ein Kabinett bildet, dem außer der Mehrzahl der bisherigen Vertreter des Zentrums und der Demokraten führende Männer der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaft angehören werden.

Berlin, 20. Nov. Wie der „Volksanzeiger“ erfährt, hat Geheimrat Cuno sein Kabinett fast vollständig zusammen. Ueber die Persönlichkeiten kann noch nichts gesagt werden, doch ist anzunehmen, daß es sich um Männer des deutschen Wirtschaftslebens handelt. Das Kabinett wird wahrscheinlich ein über den Parteien stehendes sein, das sich natürlich, da die Sozialdemokraten sich ablehnend verhalten, auf die bürgerlichen Parteien stützen wird. Wann Cuno mit seinem Kabinett vor den Reichstag treten und wann es endgültig zusammengekehrt sein wird, sodas die Liste veröffentlicht werden kann, steht noch nicht fest.

Deutsche Antwort an Poincare.

Berlin, 20. Nov. Auf Poincares letzte Äußerung in der Kammer antwortet jetzt eine Ängere, mit genauen Angaben versehen halbamtliche deutsche Erklärung u. a.:

Es kann keine Rede davon sein, daß die Beamtengehälter nicht durch Steuern ausgeglichen werden, und was die Zahlung der Steuern betrifft, so genügt es wohl, auf die Tatsache des seit 1920 durchgeführten zehnpromzentigen Lohn- und Gehaltsabzuges hinzuweisen, sowie auf die Steuervorschläge. Daß die Statistik des deutschen Außenhandels bei der gegenwärtigen Unfestigkeit der Währung nicht mehr die gleichen unverlässlichen Zahlen erlaßt wie

früher, ist richtig. Das ist aber eine Tatsache, die anderen Ländern in ähnlichen Verhältnissen nicht unbekannt ist. Nach dem letzten verbesserten Verfahren der Wertermittlung in Goldmark hat in dem ersten „Reparationsjahr“, d. h. in der Zeit vom 1. Mai 1921 bis 30. April 1922, die Passivität des deutschen Außenhandels 1865 Millionen Goldmark betragen. Poincare verweist ferner auf die deutsche Schleuderkonturrenz auf dem Weltmarkt und behauptet, diese habe den Weltmarkt wieder erobert. Die deutsche Regierung hat durch die Ausfuhrpreiskontrolle versucht, die Ausfuhrpreise den Weltmarktpreisen anzugleichen, doch haben die Bemühungen infolge der außerordentlich raschen Entwertung der Mark in der letzten Zeit keinen vollen Erfolg haben können. Und was die „Eroberung des Weltmarktes“ anfangt, so beträgt die deutsche Ausfuhr heute knapp ein Drittel der Vorkriegsausfuhr. Es ist zwar richtig, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland verhältnismäßig gering ist. Der Hauptgrund dafür liegt darin, daß Deutschland jetzt viele Waren, die es früher im Ausland gekauft hat, im eigenen Lande erzeugen muß. Es kommt ferner in Betracht, daß von Deutschland wichtige Gebiete industrieller und landwirtschaftlicher Ueberschußproduktion abgetrennt worden sind.

Trotzdem nimmt die Arbeitslosigkeit in letzter Zeit zu. Für die Wareneinfuhr nach Deutschland bestehen Einschränkungsmaßregeln nur in geringen Grenzen, weil sie in den wesentlichen Teilen von unbedingten Lebensnotwendigkeiten beherrscht sind. Die großen Käufe in Amerika erklären sich daraus, daß Amerika der Hauptlieferant für Rohstoffe und Getreide ist. Und die „skandalöse Prosperität“ der deutschen Industrie? Zur Widerlegung braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß im August 1922 der durchschnittliche Kurswert der an der Berliner Börse gehandelten Aktien in Papiermark 837 Milliarden betrug, der Goldwert dagegen nur 3,25 Milliarden. Die Durchschnittsdividende belief sich auf 20,38 Prozent in Papiermark und 1,85 Prozent in Goldmark. Demgegenüber rechnete man vor dem Kriege mit einer Durchschnittsdividende von sechs Prozent in Goldmark. Im übrigen scheint auch Poincare nicht sehr von dem ungeheuren Wert der deutschen Industrie überzeugt zu sein, lehnt er doch in seiner Rede eine Beteiligung Frankreichs an der deutschen Industrie ab, da sie nur sehr geringe Summen einbringen werde. Wenn Poincare schließlich behauptet, Deutschland habe niemals den aufrichtigen Wunsch gehabt, seine Entschädigungsschuld zu begleichen, so kann nur immer wieder auf die feststehende Tatsache hingewiesen werden, daß Deutschland bisher auf Grund des Friedensvertrages an einmaligen und fortlaufenden Leistungen bereits mindestens 41 Milliarden Goldmark bezahlt hat.

Neues vom Tage.

Spaltung der Bayerischen Mittelpartei.

München, 20. Nov. Auf dem in Nürnberg abgehaltenen außerordentlichen Parteitag der Bayerischen Mittelpartei ist es zu einer Spaltung innerhalb der Partei gekommen. Die Gruppe Exlander hat sich mit der Parteileitung nicht einigen können. Infolgedessen werden sich die Münchner Anhänger der Gruppe zusammen mit denen der südbayerischen Bezirke zu einer eigenen Organisation zusammenschließen, wie es die Deutschvölkischen innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei im Reich bereits getan haben.

Gemeindevahlen in Hessen.

Zarmstadt, 20. Nov. In Hessen fanden am Sonntag die Stadtverordneten-Wahlen statt. Bei diesen erhielten in Darmstadt die Deutschnationalen 5 (bisher 3) Sitze, die Deutsche Volkspartei 20 (17), die Demokraten 5 (11), die Kommunisten 3 (0), das Zentrum 3-4 (4), die Wirtschandspartei 1 (0), die Handwerkervereinsung 4 (4), die Sozialdemokraten 20 (19). — Auch in Mainz ist eine Vermehrung der Mandate der rechtsstehenden Parteien zu verzeichnen. — In Worms erhielten die Deutsche Volkspartei 15 (11), die Deutschnationalen 2 (1), das Zentrum 5 (7), die Demokraten 3 (0), die Sozialdemokraten 14 (19), die Kommunisten 3. — In Offenbach erhielten die Deutsche Volkspartei 3978 Stimmen, das Zentrum 3636, Hausbesitzervereinsung 2673, Sozialdemokraten 14254, Demokraten 2111, Kommunisten 5162 und die Deutschnationalen 2230 Stimmen.

Teuerungsunruhen und Plünderungen in Dresden.

Dresden, 20. Nov. Der Internationale Bund der Kriegsgesopfer und der Erwerbslosenrat hatte unter kommunistischer Führung für Samstag in Dresden große Straßendemonstrationen gegen die Teuerung angezettelt. Die Demonstranten lösten sich auf. Größere Trübsal von einigen hundert verteilten sich in der Stadt. Ein besonders großer Zug durch die Prager Straße und drang dort gewaltsam in einige geschlossene Läden ein, wobei es verschiedentlich zu Plünderungen kam. Auch das Hotel „Europäischer Hof“ und das Kaffee-Rumpelmeyer wurden in Mitleidenschaft gezogen. Die Polizei versuchte der Unruhen mit Einsatz aller Kräfte Herr zu werden. In der vierten Nachmittagsstunde fanden noch weitere Plünderungen im Münchener Viertel, besonders in der Lindenaustraße statt. Daraufhin wurde auch noch die berittene Polizei eingesetzt.

Die Wahlen in Oberschlesien.

Oppeln, 20. Nov. In Oberschlesien fanden am Sonntag die Nachwahlen zum Reichstag und zum preussischen Landtag, sowie die Wahlen zum Provinziallandtag statt. Nach amtlicher Feststellung ist das Ergebnis der Wahlen folgendes: Wahlberechtigt waren 747 339 Personen, abgegeben wurden 500 707 Stimmen. Es erhielten die Demokraten 11 912, die Sozialdemokraten 73 266, das Zentrum 199 246, die Deutschnationalen 69 398, die Deutsche Volkspartei 37 259, die Deutsch-Sozialen 22 291, die Kommunisten 36 624, die Polen 50 183 und die Oberschlesische Katholische Volkspartei 23 Stimmen.

Neue Bündnisse im Osten.

Prag, 20. Nov. Der Text des am 31. August in Marienbad zwischen der Tschechoslowakei und Südslawen abgeschlossenen Allianzvertrages wird nun veröffentlicht. Es heißt darin: Beide Vertragsparteien nehmen die politischen und militärischen Verträge und Abkommen zur Kenntnis, die einerseits die Tschechoslowakei mit Rumänien, Desterreich und Polen, Südslawen andererseits mit Rumänien und Italien abgeschlossen haben. Die Vertragsparteien werden sich bemühen, allen wirtschaftlichen, finanziellen und Verkehrsbeziehungen eine feste Grundlage zu geben und einander dabei engste Zusammenarbeit zu sichern. Sie verpflichten sich, einander alle Hilfe zu gewähren für den Fall, daß sie die gemeinsamen Interessen für bedroht halten und gehen die Verpflichtung ein, sich über die Maßnahmen zum Schutze dieser Interessen zu einigen. Die Konvention bleibt fünf Jahre vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden an in Kraft.

Erweiterung der Kleinen Entente.

Wien, 20. Nov. Aus Belgrad wird gemeldet: Die Reise des bulgarischen Ministerpräsidenten nach Bukarest und Belgrad führte zu folgenden Abmachungen: Bulgarien wird wohlwollende Neutralität im Falle eines Angriffs seitens Sowjetrußlands bewahren. Bulgarien verzichtet auf jeden territorialen Anspruch in Mazedonien und verpflichtet sich, die Bandenbewegung im Lande zu unterdrücken. Rumänien, Serbien und Griechenland garantieren demgegenüber Bulgarien den Hafen von Debragatsch und verpflichten sich, den von Rumänien beantragten Korridor zwischen Bulgarien und der Türkei nicht auf Kosten des bulgarischen, sondern des türkischen Gebietes zu errichten. — Auf dieser Grundlage erhielt Bulgarien die Zusage, demnächst in die Kleine Entente aufgenommene zu werden.

Der neue Kalif von Konstantinopel.

Paris, 20. Nov. Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat die Nationalversammlung von Angora den Thronfolger Abdul Medschid Effendi zum Kalifen gewählt. In muslimanischen Kreisen wird erklärt, daß der Sultan nach den Vorschriften des Korans, wonach jeder Kalif, der muslimanischen Boden verlasse, um auf christliches Gebiet zu flüchten und der ausländischen Schutz suche, ohne weiteres als abgesetzt anzusehen werden müsse.

Die amerikanischen Forderungen im Nahen Osten.

Washington, 20. Nov. Ein offizielles Communiqué des Weissen Hauses besagt, daß die Regierung Harding hinsichtlich ihrer Politik im Nahen Osten folgende Richtlinien befolgt: 1. Die Aufrechterhaltung der Kapitulationen, die für die Gewährung der mohamedanischen Rechte von Wichtigkeit sind; 2. der Schutz der philantropischen und religiösen Institutionen und Stellung von Garantien hierfür; 3. die Freiheit der Handelsunternehmungen; 4. Schutz der christlichen Minderheit und Freiheit der Dardanellen. — Amerika hat nicht die Absicht, die Verträge zu unterzeichnen, die in Lausanne abgeschlossen werden. Amerika wäre jedoch bereit, mit der Türkei zu verhandeln. Auf der Lausanner Konferenz wird Amerika durch General Bristol vertreten, Griechenland durch Senzelos.

